



Eine immer noch sinnvolle Wirtschaftsordnung? – Ziele und Prinzipien „der“ sozialen Marktwirtschaft

„Soziale Marktwirtschaft“ – dieser Begriff für unsere Wirtschaftsordnung ist seit den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ beinahe mythisch aufgeladen. Doch welche Grundsätze für wirtschafts- und sozialpolitisches Handeln stecken hinter diesem Terminus? Welche Prinzipien machen die soziale Marktwirtschaft so flexibel, dass sie bisher von jeder Regierung mit eigenen Schwerpunktsetzungen ausgestaltet werden konnte? Und welche Vorzüge hat die soziale gegenüber der freien Marktwirtschaft? In dieser Unterrichtseinheit wird die Wirtschaftspolitik in der sozialen Marktwirtschaft Deutschlands vorgestellt und danach wenden die Schülerinnen und Schüler die Prinzipien dieser Wirtschaftsordnung konkret an. Anschließend erschließen sie die Gründe für die Etablierung einer sozialen Marktwirtschaft und prüfen die Notwendigkeit einer Erweiterung auf eine sozial-ökologische Marktwirtschaft.

Überblick

Themenbereich	Soziale Marktwirtschaft
Anforderung	Gymnasium
Klassenstufe	Sek II
Vorwissen	Grundlagen der Marktwirtschaft (wirtschaftliche Freiheiten, dezentrale Koordination, Informations- und Lenkungsfunktion des Preises, Preisbildung)
Zeitbedarf	2 Unterrichtsstunden
Methoden	Gruppenpuzzle
Kompetenzen	Die Schülerinnen und Schüler ... <ul style="list-style-type: none">◆ beschreiben Gründe für das Etablieren einer sozialen Marktwirtschaft sowie deren Grundprinzipien und Politikbereiche, in denen sie ausgestaltet wird.◆ analysieren wirtschaftspolitische Maßnahmen danach, in welchem Maß sie Prinzipien sozialer Marktwirtschaft berücksichtigen.◆ beurteilen die ordnungspolitische Notwendigkeit der Erweiterung der sozialen in eine sozial-ökologische Marktwirtschaft.
Schlagworte	Allokationspolitik, Humanisierungspolitik, Kartell, Marktconformität, Marktwirtschaft, Nachhaltigkeit (ökologische), sozial-ökologische Marktwirtschaft, Ordnungspolitik, Stabilisierungspolitik, Wettbewerb, Wettbewerbsprinzip, Wirtschaftsordnung, Wirtschaftssystem
Autor	Kersten Ringe
Redaktion	C.C. Buchner Verlage, aktualisiert RAABE – Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Produktion	Klett MEX (Oktober 2024)



Die soziale Marktwirtschaft – zwischen freiem Markt und staatlichem Eingriff

Seit den als Wirtschaftswunder bezeichneten späten 1950er und 1960er Jahren genießt die soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland großes Renommee. Missverständlicherweise wird sie dabei mitunter als „dritter Weg“ zwischen freier Marktwirtschaft und Zentralverwaltungswirtschaft („Planwirtschaft“) bezeichnet. Da aber die dezentrale Koordination (und nicht die zentrale Subordination) der wirtschaftlichen Aktivitäten mit der fundamentalen Bedeutung des Preises (der die Wirtschaftssubjekte über Angebot und Nachfrage informiert und deren wirtschaftliche Aktivitäten lenkt) auch die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung sind, ist diese eindeutig als Marktwirtschaft zu bezeichnen.

Allerdings wird in der sozialen Marktwirtschaft versucht, die systeminhärenten Fehlentwicklungen einer freien Marktwirtschaft mittels Wirtschafts- und Sozialpolitik abzumildern:

1. Die **Ineffizienz** freier Marktwirtschaften besteht darin, dass sich (a) Kartelle und ggf. sogar Monopole bilden („Selbstaufhebungstendenz des Marktes“), dass (b) externe, von der Gemeinschaft getragene Kosten des Wirtschaftens entstehen (z. B. nicht im Güterpreis inbegriffene Umweltschäden) und dass (c) öffentliche Güter, von deren Nutzung niemand ausgeschlossen werden kann (wie z. B. Küstenschutz), nicht (umfassend) zur Verfügung gestellt würden. Diesen Mängeln begegnet die soziale Marktwirtschaft (a) mit Wettbewerbspolitik (z. B. Kartellrecht), (b) mit Marktergänzungspolitik (z. B. Umweltauflagen) und (c) mit Marktsubstitutionspolitik.
2. Die **Inhumanität** („soziale Blindheit“) freier Märkte zeigt sich darin, dass (a) Bedürftige keinerlei staatlich organisierte gesellschaftliche Solidarität erfahren. Auch bleiben (b) Machtbeziehungen zwischen den Produktionsmitteleignern (Arbeitgebenden) und den abhängig Beschäftigten unangetastet. Dagegen setzt soziale Marktwirtschaft auf (a) Umverteilungspolitik (insbesondere durch den progressiven Steuertarif) und Sozialpolitik (v. a. Sozialversicherung und Sozialhilfe) und auf (b) rechtliche Regelungen zur Gestaltung menschenwürdiger Arbeitsplätze sowie betriebliche Mitbestimmungsrechte.
3. Die **Instabilität** (kurzfristige Konjunkturschwankungen, langfristige Wachstumsschwächen und Strukturwandelprozesse) der freien Marktwirtschaft soll korrigiert werden durch (a) Konjunkturpolitik, (b) Wachstumspolitik (z. B. Schaffung eines wachstumsfreundlichen Umfelds, Infrastrukturausbau) und (c) durch Strukturpolitik (z. B. branchenspezifische oder regionale Strukturanpassung, Bildungspolitik...).

Es gibt allerdings nicht „die“ soziale Marktwirtschaft, sondern lediglich wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen im Rahmen dieses mehr oder weniger flexiblen ordnungspolitischen Rahmens. Diese Entscheidungen müssen aber vor dem Hintergrund des oben Genannten stets drei Prinzipien berücksichtigen, die teilweise miteinander in einem Spannungsverhältnis stehen und somit nicht immer alle vollauf oder auch nur im gleichen Maße realisiert werden können: Laut dem **Wettbewerbsprinzip** müssen alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen und administrativen Entscheidungen so gestaltet sein, dass Wettbewerb aufrechterhalten bzw. gefördert wird. Das **Marktkonformitätsprinzip** besagt, dass marktgemäße, v. a. die freie Preisbildung wahrende Maßnahmen unbedingten Vorrang genießen müssen vor Eingriffen, die den Markt stören. Das **Sozialprinzip** fordert das Abfedern der sozialen Defekte und Leerstellen, die das Wirtschaften in einer freien Marktwirtschaft erzeugt (s. o.). Das Spannungsverhältnis zwischen den beiden letztgenannten Prinzipien zeigt sich beispielhaft an der Einführung des Mindestlohns. Durch die Festsetzung eines Mindestpreises für Arbeit wird im Niedriglohnssektor die freie Bildung des Preises für Arbeitskraft zu Gunsten sozialer Erwägungen außer Kraft gesetzt. Ob der Eingriff in das Marktkonformitätsprinzip als zu stark empfunden wird, hängt immer vom politischen Standpunkt des Beurteilenden ab. Grundsätzlich stellt sich die Frage nach der Rolle des Staates und seiner Schwerpunktsetzung: Soll der Staat mehr regulieren und steuern im Sinne der Ziele der sozialen Marktwirtschaft oder soll er mehr wirtschaftliche Freiheit zulassen?

Soziale Marktwirtschaft hat nicht nur eine prosperierende, sich immer weiter entwickelnde Ökonomie und soziale Abfederung von Bürgerinnen und Bürgern in ökonomisch schwierigen Situationen zum Ziel. Beides dient immer ebenso als Mittel, um das Wirtschaftssystem und damit auch die Staatsverfassung als ganze sowie die jeweilige Regierung zu rechtfertigen.

Vertreterinnen und Vertreter der sogenannten **sozial-ökologische Marktwirtschaft** sehen ihre Wirtschaftsordnung als notwendige Weiterentwicklung der Grundvorstellung sozialer Marktwirtschaft, die kurz vor bzw. nach dem Zweiten Weltkrieg konzipiert worden war. Aufgrund der drängenden globalen, maßgeblich durch die westliche Wirtschafts- und Lebensweise geschaffenen Umweltprobleme, halten sie es für dringend geboten, **ökologische Nachhaltigkeit als viertes wirtschaftspolitisches Prinzip** aufzunehmen und damit die Marktergänzungspolitik gegenüber der Wachstumspolitik deutlich zu stärken. Untermauert wird diese Forderung auch vom Klimabeschluss (auch Klimaschutz-Beschluss) des deutschen Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021. Das Gericht erklärte Bestimmungen des Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) mit den Grundrechten für unvereinbar und forderte die Politik auf, beim Klimaschutz nachzubessern, um die Freiheitsrechte künftiger Generationen zu schützen.

Literaturhinweise:

Hüther, Michael (2022): Welche Zukunft hat die soziale Marktwirtschaft? Freiburg im Breisgau: Herder Verlag

Vieweg, Wolfgang (2024): Nachhaltige Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts, 2. Auflage, Wiesbaden: Springer Gabler

Sara Holzmann u.a. (2022): Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftspolitische Ziele und Zielkonflikte in der ökologischen Transformation. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung

Unterrichtsverlauf

Zeit	Phase	Inhalte	Materialien	Tipps / Hinweise
1. Unterrichtsstunde: Welche Prinzipien kennzeichnen die soziale Marktwirtschaft?				
10'	Einstieg	Die SuS geben Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder und beschreiben beispielhaft eine staatliche Maßnahme zur Umsetzung des Sozialprinzips.	Film: Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft	Aufgaben 1 und ggf. 2 bereits als Beobachtungsauftrag für den Film formulieren
15'	Erarbeitung I	Die SuS charakterisieren die Beziehungen zwischen dem Sozial- und dem Marktkonformitätsprinzip der sozialen Marktwirtschaft (Kongruenz, Neutralität, Konflikt zwischen den Prinzipien) an den Beispielen Mindestlohn und Kombilohn (z. T. aus dem Film).	Film: Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft	arbeitsteilige Arbeit möglich
20'	Erarbeitung II und Auswertung	Die SuS prüfen gegebene wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen auf Erfüllung der Prinzipien sozialer Marktwirtschaft, indem sie sie in einem Schaubild verorten.	M1 Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in der sozialen Marktwirtschaft Arbeitsblatt: Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft	arbeitsteilige Partnerarbeit empfehlenswert (Aufgabe 4)
2. Unterrichtsstunde: Welche wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen kennzeichnen die soziale Marktwirtschaft?				
15'	Erarbeitung III und Gesamt-sicherung	Die SuS beschreiben arbeitsteilig Politikbereiche in der sozialen Marktwirtschaft zur Behebung der Mängel der freien Marktwirtschaft. Sie ordnen vorgegebene (und ggf. weitere) wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen den Politikbereichen der sozialen Marktwirtschaft zu.	M2 Allokationspolitik in der sozialen Marktwirtschaft M3 Humanisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft M4 Stabilisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft	Methode: Gruppenpuzzle Differenzierungsmöglichkeit: Leistungsstärkere Gruppen erhalten M2 bzw. M4.
10'	Ergebnis-sicherung	Die SuS visualisieren in gemischten Gruppen Fehlentwicklungen der freien und Reaktionen „der“ sozialen Marktwirtschaft.	Arbeitsblatt: Soziale Marktwirtschaft im Schaubild	Zusammenfassende Visualisierung (Arbeitsblatt) mittels Folie oder Beamer präsentieren und ggf. ergänzen, korrigieren
10'	Vertiefung (fakultativ)	Die SuS setzen sich mit dem Grundkonzept der sozial-ökologischen Marktwirtschaft auseinander.	M5 Sozial-ökologische Marktwirtschaft M6 Standort Deutschland fällt zurück	
10'		Die SuS beurteilen, ob „ökologische Nachhaltigkeit“ als wirtschaftspolitisches Grundprinzip etabliert werden sollte.		



Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft (Erklärfilm)

Die Arbeit von Geringverdienenden wieder mehr zu würdigen und ihnen ein existenzsicherndes Einkommen zu verschaffen, ist die Idee des Mindestlohns. Die Bundesregierung hat im Januar 2015 diese gesetzlich festgelegte Lohnuntergrenze eingeführt, nicht ohne große Diskussionen. Das Beispiel zeigt: Der Staat greift regulierend in den freien Markt ein, wenn es zu Fehlentwicklungen kommt. Unsere Wirtschaftsordnung wird deshalb als soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Doch welche Prinzipien liegen unserer Wirtschaftsordnung zugrunde und warum entstehen nicht selten Zielkonflikte zwischen diesen Prinzipien?

Aufgaben

- 1** Sehen Sie sich den Film an und geben Sie die drei Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft wieder.
- 2** Beschreiben Sie, wie Geringverdienende von der Einführung des Mindestlohns profitieren und erklären Sie, warum Kritikerinnen und Kritiker sich so vehement gegen die Einführung einer Lohnuntergrenze ausgesprochen haben.
- 3**
 - a) Charakterisieren Sie mögliche Beziehungen zwischen dem Marktkonformitäts- und dem Sozialprinzip der sozialen Marktwirtschaft anhand des im Film genannten Beispiels „Mindestlohn“.
 - b) Gegnerinnen und Gegner des Mindestlohns fordern, dass Niedriglöhne durch den Staat auf ein existenzsicherndes Niveau angehoben werden sollen. Charakterisieren Sie die Beziehung zwischen den genannten Prinzipien bei dieser sogenannten „Aufstockung“.

M1

Wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen in der sozialen Marktwirtschaft

Wirtschafts- und Sozialpolitik in der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland zeigt sich in ganz unterschiedlichen Feldern auf verschiedene Weise:

Das Bundeskartellamt zerschlägt das sogenannte „**Bierkartell**“. Viele große Bierbrauer, die zusammen über 50 % des deutschen Marktes beherrschen, hatten im Geheimen Preise abgesprochen. Das Kartellamt verhängt Strafzahlungen von über 100 Millionen Euro.

Mit dem **ERP-Digitalisierungs- und Innovationskredit** fördert die staatliche KfW-Bank mittelständische Unternehmen, Freiberufler und junge Unternehmen. Dabei vergibt die KfW einen zinsgünstigen Kredit (aus Steuergeldern) mit bis zu 100 % der förderfähigen Investitionskosten und Betriebsmittel für ein Innovationsprojekt, das das Ziel hat, schnell marktfähige Produkte bzw. Dienstleistungen nach sich zu ziehen.

In Deutschland wird die **Zahl der Krankenhausbetten gesetzlich vorgeschrieben** (je nach Bevölkerungsgröße, Krankenhaushäufigkeit und Krankenhausverweildauer). Die Länder sind für die Vergabe von Krankenhauslizenzen verantwortlich und müssen auch Bau und Unterhaltung der Häuser bezuschussen. Allerdings müssen staatliche Gebietskörperschaften (Länder, Gemeinden) Krankenhäuser nicht zwingend selbst betreiben, sondern vergeben auch Genehmigungen an (günstigere) private Betreiberfirmen.

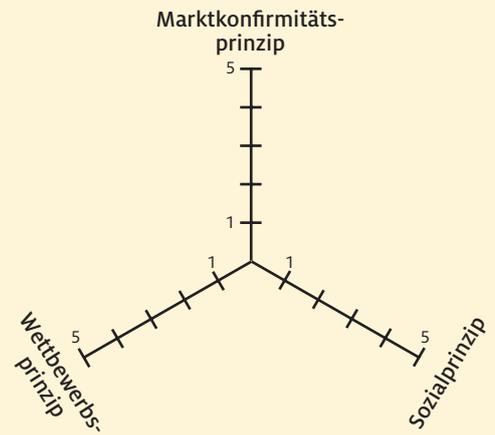
Die Bundesregierung fördert den **Ausbau des Glasfaser-Breitbandnetzes**, damit Telekommunikationsunternehmen flächendeckend Internet mit einer Übertragungsrate von mindestens 50 Mbit / Sekunde anbieten können. Dazu sollen u. a. bei Straßenarbeiten immer Leerrohre für die Glasfaserkabel mitverlegt werden. Privatpersonen können die Glasfaserinstallation in ihren Häusern steuerlich geltend machen und Kommunen werden finanziell beim Netzausbau unterstützt.

Jeder Deutsche bekommt einen staatlichen Zuschuss von 175 Euro (bzw. 300 Euro pro Kind) pro Jahr für private Altersvorsorgeverträge („**Riester-Rente**“). Propagiertes Ziel: Sicherung der Einkommen im Rentenalter bei prozentual tendenziell sinkenden Zahlungen aus der staatlichen Rentenversicherung.

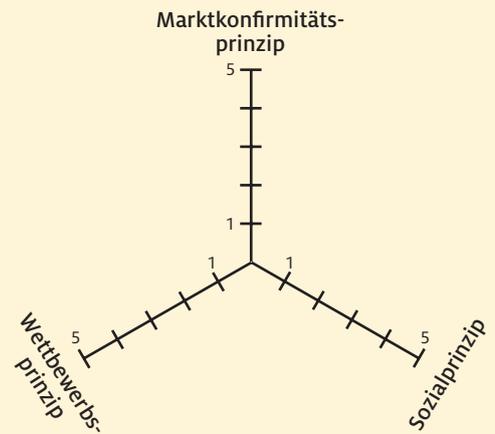
Aus dem Bundeshaushalt wird im Sommer 2024 für Arbeitsausfälle von Arbeitnehmenden in Betrieben, die von Hochwasserschäden betroffen sind, **Kurzarbeitergeld** ausgeschüttet, damit sie keine Angestellten entlassen, sondern diese in reduziertem Umfang weiter beschäftigen.

Arbeitsblatt: Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft

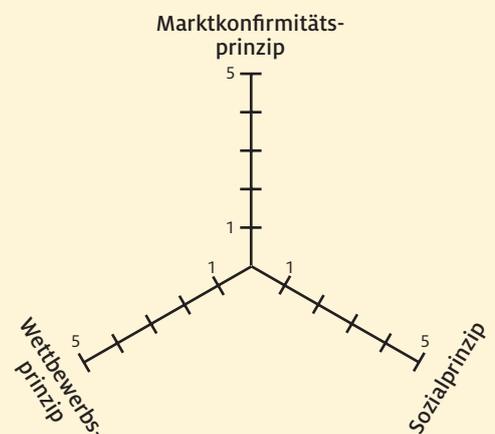
Maßnahme:



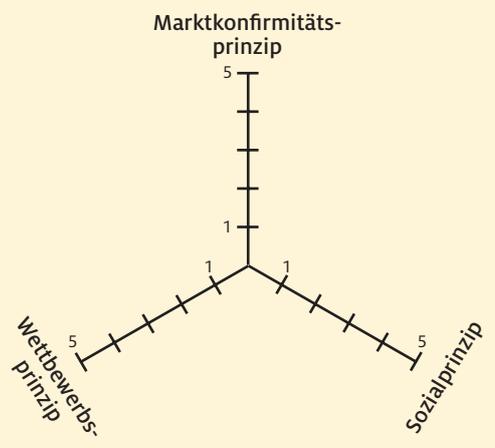
Maßnahme:



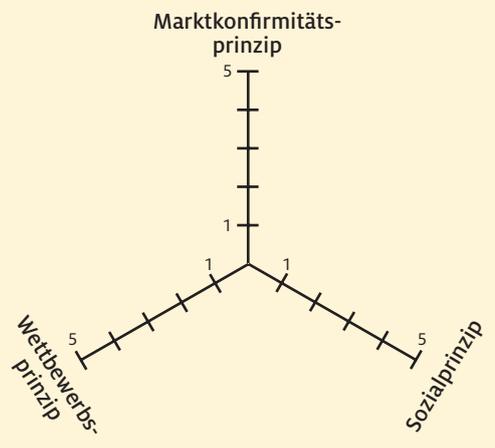
Maßnahme:



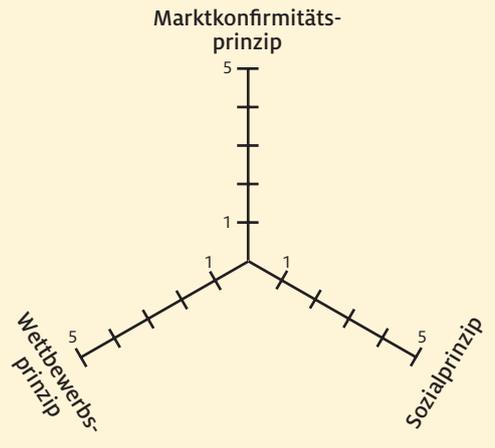
Maßnahme:



Maßnahme:



Maßnahme:



Aufgabe

- 4** Prüfen Sie mithilfe der Grafik auf dem Arbeitsblatt, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen (M1) den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft in welcher Weise entsprechen. Markieren Sie dazu auf jeder der drei Achsen, in welchem Maß das jeweilige Prinzip berücksichtigt ist (Bsp.: 0 = Prinzip nicht berücksichtigt, 1 = Prinzip kaum berücksichtigt, 5 = Prinzip vollauf berücksichtigt / Prinzip nicht berührt). Verbinden Sie die eingezeichneten Punkte mit geraden Linien, sodass jeweils ein Dreieck entsteht.

M2

Allokationspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Die Bekämpfung der Ineffizienz erfolgt mit Hilfe der Allokationspolitik. Sie kann in drei verschiedene Felder unterteilt werden, nämlich die

- ◆ Wettbewerbspolitik,
- ◆ Marktergänzungspolitik,
- ◆ Marktsubstitutionspolitik.

Oberste Aufgabe der Wirtschaftspolitik in einer Marktwirtschaft ist es, dafür Sorge zu tragen, dass der Wettbewerb funktionsfähig bleibt. Dies ist das Aufgabenfeld der **Wettbewerbspolitik**. Die Funktionsweise der Marktwirtschaft ruht auf dem Fundament des Wettbewerbsprinzips. [...] Die „Peitsche der Konkurrenz“, die Sanktionsfunktion der Preise, verführt aus Sicht der Produzenten verständlicherweise dazu, den Wettbewerb so weit als irgend möglich auszuschalten. [...] Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es, den Wettbewerb vor Wettbewerbsbeschränkungen zu schützen und ihn zu fördern. Dies geschieht durch geeignete Gesetze [...], aber auch durch Öffnung der nationalen Märkte gegenüber der internationalen Konkurrenz, durch Beseitigung wettbewerbsverzerrender steuerlicher Regelungen und Abbau von Subventionen sowie durch die Privatisierung öffentlicher Unternehmen.

Der Preismechanismus kann in einer Marktwirtschaft jedoch auch falsche Signale geben. In solchen Fällen muss der Markt durch staatliche Maßnahmen ergänzt werden („**Marktergänzungspolitik**“). Ein typisches Beispiel hierfür ist die Belastung der Umwelt. So führt eine kostenlose Inanspruchnahme der vermeintlich „freien Güter“ Luft oder Wasser zur Fehlallokation der Ressourcen. Kennzeichnend für freie Güter ist, dass mit der Nutzung dieser Güter keine unmittelbaren Kosten bei den Unternehmen (Emittenten) verbunden sind – obwohl die

Verschmutzung von Luft und Gewässern sehr wohl gesamtwirtschaftliche Kosten bzw. Beeinträchtigungen verursacht. Ein sich selbst überlassener Marktmechanismus ist jedoch umweltpolitisch blind. Er signalisiert nur die unmittelbar über die Märkte in Rechnung gestellten Kosten („interne Kosten“), nicht aber die sogenannten „externen Kosten“ in Form von Beeinträchtigungen Dritter bzw. der Umwelt.

Aufgabe des Staates in einer „ökologisch gestalteten Marktwirtschaft“ ist es zweifellos, den Marktmechanismus durch eine wirksame Umweltpolitik zu ergänzen. [...] Die Umweltpolitik kann sich unterschiedlicher Instrumente bedienen. In Betracht kommen [...] ordnungsrechtliche Maßnahmen, wie Gebote und Verbote (insbesondere die Festlegung von Emissionsgrenzwerten), aber auch Instrumente, die sich unmittelbar der Marktkräfte bedienen, um die umweltpolitischen Ziele zu erreichen. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere Umweltabgaben und handelbare Umweltnutzungsrechte [...].

Als dritter Bereich der Allokationspolitik gilt die **Marktsubstitutionspolitik**. Dahinter verbirgt sich das Versagen des Marktmechanismus bei der **Bereitstellung öffentlicher Güter**. Öffentliche Güter, wie innere und äußere Sicherheit oder Rechtsprechung, sind zweifellos seitens des Staates den Bürgern zur Verfügung zu stellen. Der Staat ist also Produzent dieser öffentlichen Güter. [...] Ein Angebot dieser Leistungen über den Markt kommt aus verschiedenen Gründen nicht in Betracht. [...] Darüber hinaus ist es eine Zweckmäßigsfrage, ob auch die Bereitstellung von Infrastruktur, die Bereitstellung von Bildungseinrichtungen zu denjenigen Aufgaben zählt, die dem Staat obliegen.

Mussel/Pätzold, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8. Auflage, Vahlen 2012, S. 5f. [Hervorhebungen im Original]

M3

Humanisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Eine zweite wesentliche Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht darin, die Ergebnisse des Marktmechanismus insbesondere in sozial- und verteilungspolitischer Hinsicht zu korrigieren. Die Verfolgung dieses Zieles ist ein Gebot der Gerechtigkeit und Humanität [Menschlichkeit]. Ein Wirtschaftssystem kann auf Dauer nur dann überleben, wenn es von den Bürgern akzeptiert wird. Die sozial- und verteilungspolitische Korrektur einer Wettbewerbswirtschaft bildet den Gegenstand der Hu-

manisierungspolitik. [...] Zu den zentralen Zielen zählen hierbei soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherung, humane Arbeitsbedingungen sowie die Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Daraus resultieren die Hauptbereiche der Humanisierungspolitik:

- ◆ Umverteilungspolitik,
- ◆ Sozialpolitik,
- ◆ Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt.

Die **Umverteilungspolitik** zielt darauf ab, die markt-
20 mäßig entstandene Einkommens- und Vermögensverteilung zu korrigieren. Es ist das Ziel, eine größere soziale Gerechtigkeit zu schaffen. Instrumente sind beispielsweise progressiv ausgestaltete Steuersysteme oder die Vermögensbildungspolitik.

25 Gegenstand der **Sozialpolitik** ist die Schaffung von sozialen Sicherungssystemen (z. B. Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe). Dadurch sollen im Marktsystem „benachteiligte“
30 gesellschaftliche Gruppen eine ausreichende materielle Lebensgrundlage erhalten. Die angeführten Beispiele zeigen, dass es problematisch ist, eine eindeutige Tren-

nungslinie zwischen der Umverteilungspolitik und der Sozialpolitik zu ziehen.

Zur Humanisierungspolitik zählt zudem die **Humanisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt**. Das sind zum einen jene Maßnahmen, die zu einem menschenwürdigen Arbeitsleben beitragen sollen (z. B. Lärmschutz, Sicherheitsvorschriften, Arbeitspausen). Zum anderen gehört in diese Kategorie die demokratische Teilhabe
40 der Arbeitnehmer im Betrieb in Form verschiedener Arten von „Mitbestimmung“. Die erforderlichen Regelungen gehören sowohl in den Kompetenzbereich der Tarifpartner [Arbeitnehmende und Arbeitgebende bei Verhandlungen über Arbeitsbedingungen und Lohn] als auch des Staates.

Mussel/Pätzold, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8. Auflage, Vahlen 2012, S. 7 [Hervorhebungen im Original]

M4

Stabilisierungspolitik in der sozialen Marktwirtschaft

Die Notwendigkeit einer Stabilisierung der Marktwirtschaft ist zumindest bezüglich „großer Krisen“ weitgehend un-
umstritten. Die Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs dient
5 allerdings nicht nur der Rezessionsbekämpfung, sondern auch der Vermeidung von Inflation. Stabilisierungspolitik umfasst folgende drei Politikbereiche:

- ◆ die eher kürzerfristig ausgerichtete Konjunkturpolitik,
- ◆ die eher längerfristig ausgerichtete Wachstumspolitik,
- ◆ die eher mittelfristig ausgerichtete Strukturpolitik.

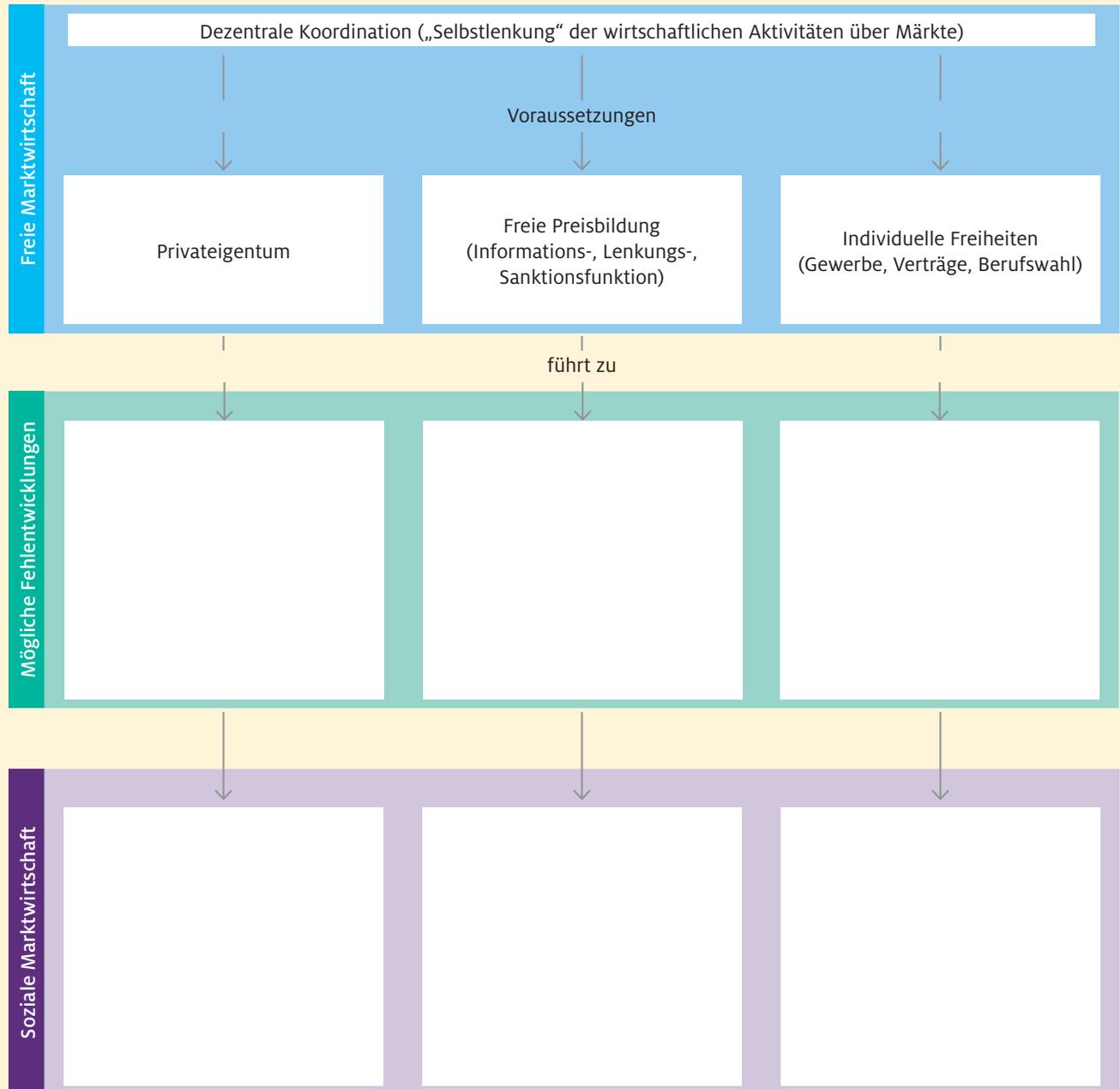
10 Die beiden erstgenannten Politikbereiche werden vielfach auch als **Konjunktur- und Wachstumspolitik** bezeichnet. Zu den gesamtwirtschaftlichen Fehlentwicklungen zählen insbesondere Inflation, Arbeitslosigkeit, kürzerfristige Abschwächungen der Produktionstätigkeit
15 und Ungleichgewichte im internationalen Handel. [...]

Die **Wachstumspolitik** zielt darauf ab, die längerfristige Entwicklung der Produktion bzw. der Produktionskapazitäten einer Volkswirtschaft „wachstumsfreundlicher“ zu gestalten. [...] Nach Überzeugung vieler Wachstumstheoretiker ist Wachstumspolitik [...] mehr als nur Wettbewerbspolitik. Es geht vor allem darum, Wachstumshindernisse zu beseitigen, ein „wachstumsfreundliches Klima“ zu schaffen und den Ausbau der Infrastruktur voranzutreiben. [...]

25 Die Erfahrung zeigt: Wirtschaftliche Entwicklung ist immer mit **Strukturwandel** verbunden. Gesamtwirtschaftlich profitieren alle von diesem beständigen Wandel; Produktion und Realeinkommen [Verhältnis von Einkommenshöhe und Inflation] steigen, und der Wohlstand erhöht sich. Im Zuge dieses Strukturwandels gibt es allerdings nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer. Die Strukturmerkmale sind dabei höchst unterschiedlich: Branchen, Regionen, Berufe und Qualifikationen oder Altersgruppen werden vom Strukturwandel in unterschiedlicher Weise betroffen. Aufgabe des Staates ist es vor allem, Hemmnisse im Strukturwandel zu beseitigen und ihn – soweit erforderlich – für die negativ Betroffenen sozialpolitisch abzufedern. Aufgabe des Staates kann und darf es allerdings nicht sein, alte und überkommene
30 Strukturen zu konservieren (z. B. durch Erhaltungssubventionen [...]), um Produktion und Beschäftigung in bestimmten Wirtschaftszweigen aufrechtzuerhalten. [...] Die Strukturpolitik sollte im Übrigen nicht der Versuchung erliegen, die wirtschaftliche Entwicklung in eine bestimmte strukturelle Richtung zu lenken. Staatliche Instanzen verfügen nämlich kaum über eine bessere Zukunftsvorausicht als die Marktkräfte; eher ist das Gegenteil der Fall.

Mussel/Pätzold, Grundfragen der Wirtschaftspolitik, 8. Auflage, Vahlen 2012, S. 8f. [Hervorhebungen im Original]

Arbeitsblatt: Soziale Marktwirtschaft im Schaubild



Aufgaben

- 5** Gruppenpuzzle:
 In Expertengruppen: Geben Sie jeweils einen Politikbereich in einer sozialen Marktwirtschaft (M2 – M4) wieder und ordnen Sie den einzelnen Politikfeldern passende Beispiele aus M1 oder selbst erdachte Beispiele zu.
 Anschließend in gemischten Stammgruppen: Vervollständigen Sie das Schaubild auf dem Arbeitsblatt mit den zentralen Informationen zur sozialen Marktwirtschaft.
- 6** „Die“ soziale Marktwirtschaft gibt es nicht. Erklären Sie diese Aussage.

M5

Sozial-ökologische Marktwirtschaft

Die ordnungspolitischen Leitplanken weiterzuentwickeln und aus der Sozialen eine Sozial-ökologische Marktwirtschaft zu schaffen, das wird die große Aufgabe unserer Zeit sein.

Robert Habeck



© BMWK/Dominik Butzmann

Soziale Marktwirtschaft: Wegbereiter für Nachhaltigkeit

Die Soziale Marktwirtschaft hat Deutschlands wirtschaftlichen Erfolg maßgeblich geprägt. In der Vergangenheit hat Deutschland Krisen besser bewältigt als viele andere Länder. Das Erfolgsrezept dieses Systems, das weltweit als Vorbild gilt, besteht in einem freien Markt, der Verantwortung für Schwächere und einem Staat, der Regeln vorgibt und überwacht, ohne jedoch in wirtschaftliche Kreisläufe und unternehmerische Entscheidungen direkt einzugreifen.

Auch zukünftig wird die Soziale Marktwirtschaft ihre Stärke und Anpassungsfähigkeit beweisen können, insbesondere bei der Ausrichtung der Wirtschaft auf Nachhaltigkeitsziele – vorausgesetzt, man lässt sie gewähren. Die Schonung von Ressourcen, der Klima- und Umweltschutz sowie hohe Anforderungen an Unternehmensführung und soziale Standards stehen nicht im Widerspruch zu marktwirtschaftlichen Prinzipien.

Nachhaltigkeit erfordert langfristiges Wachstum

Klimaziele werden nicht von alleine erreicht. Der notwendige Umbau der Wirtschaft muss finanziert werden, was ohne langfristiges Wachstum nicht möglich ist. Mit dirigistischen Maßnahmen, Verboten oder planwirtschaftlichen Eingriffen ist dies nicht zu bewerkstelligen, ebenso wenig wie durch das Gerede über ein Ende des angeblichen Wachstumswahns. Marktwirtschaft und langfristige Wachstumsperspektiven gehören zusammen. Niemand zweifelt daran, dass Wachstum mit Ökologie und Klimaschutz in Einklang gebracht werden muss. Die Rolle des Staates sollte darin bestehen, Rahmenbedingungen zu setzen und Veränderungen politisch zu unterstützen.

Erforderlicher politischer Mut

Was wäre also zu tun? Theoretisch sollten marktwirt-

schaftliche Strukturen beibehalten werden. Praktisch bedeutet das, Anreize für gewünschtes Verhalten dort zu schaffen, wo es sich zeigt. Dies kann durch steuerliche Erleichterungen, gezielte Unterstützung durch staatliche Förderbanken und die Förderung von Forschung und Entwicklung geschehen, um ökologische Verbesserungen durch technischen Fortschritt und Innovation zu erreichen. Denkbar wären hier etwa einfachere Genehmigungs- und Planungsverfahren für erneuerbare Energien.

Der Markt für nachhaltige Geldanlagen existiert bereits, und es gibt Anleger, die sich in ihren Investitionsentscheidungen von ethischen Motiven leiten lassen oder an die Zukunft nachhaltigen Wirtschaftens und die damit verbundenen Renditechancen glauben. Keine Bank und kein Unternehmen kann sich dem verschließen. Es bedarf jedoch der notwendigen Projekte, in die sich zu investieren lohnt. Den Rest regelt der Markt dann von alleine.

Der Staat als Hemmschuh seiner eigenen Ziele

Oft sind es weder Banken noch Investoren oder wirtschaftliche Akteure, die einer nachhaltigen Entwicklung im Wege stehen, sondern der Staat selbst. Wer ein bestimmtes Verhalten von anderen erwartet, sollte mit gutem Beispiel vorangehen. Auch der Staat kann durch eigenes Handeln Vorbild sein. Staatliche Ausschreibungen, die an Nachhaltigkeitskriterien gekoppelt sind, könnten hier hilfreich sein.

Warum sind staatlich geförderte Rentenmodelle wie Riester und Rürup nicht mit einem Zuschlag für nachhaltige Anlagen versehen? Warum bezuschusst der Staat nicht Sparmodelle, die in vom Staat anerkannte nachhaltige Anlagen investieren, indem er die Rendite durch einen zusätzlichen Prozentpunkt erhöht?

Nach verschiedenen Pressemeldungen

M6

Standort Deutschland fällt zurück

Das Unternehmen Gechem stellt nach eigenen Rezepturen Tabs für Entkalkungsgeräte, Toiletten-, Geschirr- und Kaffeereiniger. „Wir sind am Markt gut vertreten [...] Aber die Rahmenbedingungen machen uns das Arbeiten immer schwerer. Und es wird immer schlimmer“, beschreibt die Geschäftsführerin die Situation der letzten Jahre. Seit Corona gebe es anhaltende Lieferkettenprobleme, die Energiepreise seien im internationalen Vergleich weiterhin viel zu hoch, und die Inflation habe die Preise in die Höhe getrieben. Dazu kommt die Belastung durch Bürokratie. Für den Mittelstand ist das finanziell und personell nicht mehr zu bewältigen. Die Banken stellen auch noch umfangreiche Nachfragen zur Taxonomie (dem Nachweis für nachhaltiges Wirtschaften). Zudem gibt es Anforderungen zum CO₂-Fußabdruck und Nachhaltigkeitskennzahlen für Online-Tools.

Nach verschiedenen Pressemeldungen

Aufgaben

- 7** Lesen Sie M5 und M6. Diskutieren Sie, welche Folgen eine konsequente Berücksichtigung ökologischer Nachhaltigkeit für staatliche Wirtschaftspolitik hätte.
- 8** Beurteilen Sie, ob ökologische Nachhaltigkeit der wirtschaftspolitischen Entscheidungen als „Nachhaltigkeitsprinzip“ den bisherigen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland gleichberechtigt beigestellt werden sollte.